

**Ergebnisprotokoll**  
**der 33. Sitzung der städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung**  
**und Energie vom 24.04.2014**

Beginn: 15.40 Uhr

Ende: 17.40 Uhr

**Anwesende: I Deputation**

**1. vom Senat**

Herr Senator Dr. Lohse  
Herr Staatsrat Golasowski  
Frau Staatsrätin Friderich

**2. von der Bürgerschaft**

**SPD-Fraktion**

Herr Liess  
Herr Gottschalk  
Herr Sulimma  
Frau Kennard  
Herr Pohlmann

**CDU-Fraktion**

Frau Neumeyer  
Herr Hipp in Vertretung für Herrn Imhoff  
Herr Strohmann

**Fraktion  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Herr Saxe  
Herr Werner  
Frau Dr. Schaefer

**Die Linke**

Herr Arndt

**II Verwaltung**

Herr Dr. Sünemann  
Frau Zimmermann  
Frau Windeler  
Herr Eickhoff  
Herr Polzin  
Frau Kamp  
Frau Urban  
Herr Krämer  
Herr Viering  
Herr Dr. Kumpfer  
Frau Rüpke  
Herr Runge  
Frau Prof. Dr. Reuther  
Herr Donaubauer  
Herr Leferink  
Herr Wessel  
Herr Schneider  
Frau Pieper

Der Senator für Umwelt, Bau und Ver-  
kehr

ASV

**III Gäste**

Herr Prof. Pfeffer	Brennerei LAB
Frau Havliza	Brennerei LAB
Herr Großmann	Bürgerparkverein
Herr Nowack	OAL Blumenthal

**IV Gastdeputierte**

Frau Metschies	SPD-Fraktion
Herr Hamann	SPD-Fraktion
Frau Dr. Schierenbeck	Bündnis 90/Die Grünen
Herr Saffe	Bündnis 90/Die Grünen

Herr Senator Dr. Lohse begrüßt die Mitglieder und Gäste der 33. Sitzung der städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie.

TOP 1	<b>Genehmigung der Tagesordnung</b>	
-------	-------------------------------------	--

**Zurückgezogen wird TOP 13** Ortsgesetz über die zweite Verlängerung der Geltungsdauer des 159. Ortsgesetzes über eine Veränderungssperre nach dem Baugesetzbuch für ein Gebiet in Bremen - Blumenthal für das Grundstück Lüssumer Straße 105 (Flurstück 421/16, VR Flur 148/1)

**Tischvorlagen: TOP 2** - Anlage zum Protokoll vom 13.03.2014

**TOP 19l)** Möglichkeiten des Bau-GB für soziale Stadtentwicklungspolitik einsetzen

**TOP 19m)** Auswirkung der Aufstockung des Programms "Soziale Stadt" in Bremen

Der **Nachtrag TOP 19 o)** Beschnitt von Bäumen an Straßen und Fußwegen liegt ebenfalls als **Tischvorlage** vor.

Beschluss:

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie stimmt der vorgelegten Tagesordnung zu.*

TOP 2	<b>Genehmigung von Protokollen</b> (hier: - Protokoll 18/31 der Sitzung am 06.02.2014 - Protokoll der Sondersitzung am 28.02.2014 - Protokoll 18/32 der Sitzung am 13.03.2014)	L/S
-------	---	-----

Herr **Strohmann** bittet darum, die laut Protokoll vom 06.02.2014 geänderte Liste zum TOP 10 Erhaltung von Brücken den Deputierten zur Verfügung zu stellen.

Frau **Pieper** sagt dies zu.

Beschluss:

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie stimmt dem vorgelegten Protokoll zu.*

TOP 3	<b>Liste der abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie sowie der Bremischen Bürgerschaft</b> -02-	L/S
-------	---	-----

Beschluss:

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie stimmt der vorgelegten Liste der abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie sowie der Bremischen Bürgerschaft zu.*

<b>TOP 4</b>	<b>Flächennutzungsplan Bremen in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2001 119. Änderung</b> - Osterholz (südlich Osterholzer Dorfstraße) - - Planaufstellungsbeschluss - Absehen von der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit - Öffentliche Auslegung -FB 01-	Vorlage 18/234
--------------	--	-------------------

**Herr Strohmann** erklärt, dass seine Fraktion der Vorlage nicht zustimmen werde. Dies gelte auch für die beiden Osterholzer Bebauungspläne.

Beschluss:

1. *„Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie fasst den Beschluss, dass für den im Planentwurf zur 119. Flächennutzungsplanänderung bezeichneten Bereich die Darstellungen des Flächennutzungsplanes Bremen in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2001 geändert werden sollen (Planaufstellungsbeschluss).“*
2. *„Die Deputation Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie fasst den Beschluss, dass gemäß § 3 Abs. 1 Satz 2 BauGB von einer frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit abgesehen wird.“*
3. *„Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie stimmt dem Entwurf des Planes zur 119. Änderung des Flächennutzungsplanes Bremen in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2001 – Osterholz (südlich Osterholzer Dorfstraße, Bearbeitungsstand: 21.02.2013) einschließlich Begründung zu.“*
4. *„Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie fasst den Beschluss, dass der Entwurf des Planes zur 119. Änderung des Flächennutzungsplanes Bremen in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2001 – Osterholz (südlich Osterholzer Dorfstraße, Bearbeitungsstand: 21.02.2013) einschließlich Begründung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen ist.“*

*Zustimmung bei Ablehnung durch die Fraktion der CDU*

<b>TOP 5</b>	<b>Bebauungsplan 2436 für ein Gebiet in Bremen Osterholz südlich Osterholzer Dorfstraße zwischen Rodenfleet und Ehlersdamm (zum Teil einschließlich) Blatt A und Blatt B</b> - Zweite öffentliche Auslegung -FB 01-	Vorlage 18/365
--------------	---	-------------------

Beschluss:

1. „Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie stimmt dem Entwurf des Bebauungsplans 2436 für ein Gebiet in Bremen–Osterholz südlich Osterholzer Dorfstraße zwischen Rodenfleet und Ehlersdamm (zum Teil einschließlich) (Bearbeitungsstand: 1.02.2014) einschließlich Begründung zu.“
  
2. „Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie fasst den Beschluss, dass der Entwurf des Bebauungsplans 2436 für ein Gebiet in Bremen–Osterholz südlich Osterholzer Dorfstraße zwischen Rodenfleet und Ehlersdamm (zum Teil einschließlich) (Bearbeitungsstand: 1.02.2014) einschließlich Begründung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen ist (zweite öffentliche Auslegung).“

*Zustimmung bei Ablehnung durch die Fraktion der CDU*

<b>TOP 6</b>	<b>Bebauungsplan 2463 für ein Gebiet in Bremen-Osterholz zwischen Osterholzer Heerstraße, Pfälzer Weg, Dürkheimer Straße und Otto-Brenner-Allee</b> -Planaufstellungsbeschluss -61- / -FB 01-	Vorlage 18/380
--------------	---	-------------------

Beschluss:

„Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie fasst den Beschluss, dass für das im Übersichtsplan bezeichnete Gebiet in Bremen-Osterholz zwischen Osterholzer Heerstraße, Pfälzer Weg, Dürkheimer Straße und Otto-Brenner-Allee ein Bebauungsplan gemäß § 13a BauGB aufgestellt werden soll. Die Planung soll im Grundsatz die in der Deputationsvorlage enthaltenen Ziele und Zwecke verfolgen.“

*Zustimmung bei Ablehnung durch die Fraktion der CDU*

TOP 7	<b>Flächennutzungsplan Bremen in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2001 19. Änderung Neustadt/Obervieland - Autobahneckverbindung A 281, 2. Baustufe; 2. Bauabschnitt - (ehemals 110. Änderung des Flächennutzungsplanes Bremen 1983) - Absehen von einer erneuten öffentlichen Auslegung - Bericht der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie -FB 01-</b>	Vorlage 18/372
-------	--	-------------------

**Herr Strohmann** weist darauf hin, dass seine Fraktion zwar der Änderung des FNP zustimmen werde, er aber grundsätzlichen Gesprächsbedarf zur Stellungnahme von Airbus sehe. Dies müsse im weiteren Verlauf geklärt werden.

**Herr Arndt** erklärt, dass er der Vorlage nicht zustimmen werde. Hier werde der FNP an eine konkrete Planung angepasst. Dies sei der umgekehrte Weg. Die Fragen, die auch Herr Strohmann angesprochen habe, müssten erst beantwortet werden. Seine Fraktion habe zudem eine große Anfrage gestellt, die weitere offene Fragen aufzeige. Er beantrage daher die Aussetzung des TOP.

**Herr Strohmann** stellt klar, dass er die FNP- Änderung mittrage. Er möchte aber die genannten Probleme von der Verwaltung gelöst wissen, weil er die Sorge habe, dass wirtschaftliche Einrichtungen, wie der Flughafen, in Bedrängnis geraten könnten.

**Herr Saxe** macht deutlich, dass eine B6N nur dann mitgetragen werde, wenn sie unter dem Flughafen hindurchgeführt werde. Er möchte wissen, ob die veränderte Planung weitere Auswirkungen auf die betroffenen Grundstücke habe.

**Herr Pohlmann** bekräftigt, dass es zur Führung der B6n eine klare Beschlusslage gebe. Diese FNP Änderung sei notwendig, damit so schnell wie möglich der Autobahnring geschlossen werden könne. Dies habe eine ganz große Bedeutung für die Bewohnerinnen und Bewohner im Bereich von Huckelriede und Kattenturm, für die dadurch Belastungen durch den Verkehr vermindert würden. Daneben bestehe die Verantwortung, die Wirtschaftsverkehre, insbesondere zum GVZ, verlässlich anzubinden. Diese Beschlussfassung zur Änderung des FNP sei ein entscheidender Schritt in Richtung der Umsetzung dieser politischen Zielsetzung.

**Herr Senator Dr. Lohse** bekräftigt, dass man sich in einer wichtigen Phase befinde und eine Reihe von Meilensteinen bevorstehe, einer davon sei die Änderung des FNP. In den nächsten Wochen werde der Gesehenvermerk des Bundesverkehrsministeriums erwartet. Anschließend solle das Planfeststellungsverfahren beginnen. Klar sei, dass die B6n nur unter dem Flughafen hindurch geführt werden solle.

**Herr Staatsrat Golasowski** erläutert, dass das Bundesverwaltungsgericht festgestellt habe, dass die Stadtgemeinde nicht im FNP einen BA 2/2 auf der Neuenlander Straße im FNP festsetzen und auf der anderen Seite die Fachplanung der obersten Landesstraßenbaubehörde dann einen BA 2/2 in einer Variante 4 Süd ganz wo anders längs führen könne. Nachdem der dritte runde Tisch die Variante 4 Süd in modifizierter Form verabschiedet habe, musste der FNP der Stadtgemeinde entsprechend geändert werden. Die Stadtgemeinde stelle entsprechend grob dar, wie auf der Ebene der Flächennutzungsplanung der BA verlaufen solle. Die Details, insbesondere zur Flugsicherheit werden im Planfeststellungsverfahren zu prüfen und abzuwägen sein. Diese Konkretisierung obliege der obersten Landesstraßenbehörde in Bremen und im weiteren Verfahren der Planfeststellungsbehörde. Deswegen seien einige Formulierungen noch relativ offen.

Beschluss:

1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie fasst den Beschluss, dass gemäß § 4a Abs. 3 BauGB von einer erneuten öffentlichen Auslegung des Planentwurfs zur 19. Änderung des Flächennutzungsplanes Bremen in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2001 – Neustadt/Obervieland – Autobahneckverbindung A 281, 2. Baustufe; 2. Bauabschnitt – (Bearbeitungsstand: 10.04.2014) abgesehen wird.

2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie beschließt in Kenntnis der eingegangenen Stellungnahmen und ihrer empfohlenen Behandlung (Anlage zum Bericht) den Bericht zum Entwurf des Planes zur 19. Änderung des Flächennutzungsplanes Bremen in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2001 - Neustadt/Obervieland – Autobahneckverbindung A 281, 2. Baustufe; 2. Bauabschnitt – (Bearbeitungsstand: 10.04.2014).

Zustimmung bei Ablehnung durch die Stimme der Linken

<b>TOP 8</b>	<b>Bebauungsplan 2382 für ein Gebiet in Bremen – Überseestadt zwischen Lloydstraße (zum Teil einschließlich), Hilde-Adolf-Park (einschließlich), Hansator und Hafенbahndamm</b> - Absehen von einer erneuten öffentlichen Auslegung - Bericht der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie -FB 01-	Vorlage 18/374
--------------	--	-------------------

Beschluss:

1. „Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie fasst den Beschluss, dass gemäß § 4a Abs. 3 Satz 4 BauGB von einer erneuten öffentlichen Auslegung des Bebauungsplanentwurfs 2382 für ein Gebiet in Bremen – Walle, Ortsteil Überseestadt, zwischen Lloydstraße (zum Teil einschließlich), Hilde-Adolf-Park (einschließlich), Hansator und Hafенbahndamm (Bearbeitungsstand: 07.01.2014) abgesehen wird.“
2. „Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie beschließt den Bericht zum Entwurf des Bebauungsplans 2382 für ein Gebiet in Bremen – Walle, Ortsteil Überseestadt, zwischen Lloydstraße (zum Teil einschließlich), Hilde-Adolf-Park (einschließlich), Hansator und Hafенbahndamm (Bearbeitungsstand: 07.01.2014).“

Einstimmig

TOP 9	<b>Bebauungsplan 2454 für ein Gebiet in Bremen Altstadt zwischen Abbentorswallstraße, Abbentorstraße, Neuenstraße und Töferbohmstraße</b> - Absehen von einer erneuten öffentlichen Auslegung - Bericht der Deputation für Bau und Verkehr -FB 01-	Vorlage 18/375
-------	---	-------------------

Beschluss:

1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie beschließt in Kenntnis der Lärmthematik die Fortführung des Planverfahrens entsprechend des Votums des Bauressorts.
2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie fasst den Beschluss, dass gemäß § 4a Abs. 3 BauGB von einer erneuten öffentlichen Auslegung des Bebauungsplanentwurfes 2454 abgesehen wird.
3. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie beschließt in Kenntnis der eingegangenen Stellungnahmen und ihrer empfohlenen Behandlung (Anlage zum Bericht) den Bericht zum Entwurf des Bebauungsplanes 2454 für ein Gebiet in Bremen Altstadt zwischen Abbentorswallstraße, Abbentorstraße, Neuenstraße und Töferbohmstraße (Bearbeitungsstand: 10.03.2014)

Einstimmig

TOP 10	<b>Ortsgesetz über die Verlängerung der Geltungsdauer des 163. Ortsgesetzes über eine Veränderungssperre nach dem Baugesetzbuch im Geltungsbereich des Bebauungsplans 2438 für ein Gebiet in Bremen-Hemelingen zwischen Funk-schneise, Elisabeth-Selbert-Straße, Eggestraße und Osterhop</b> -FB 01-	Vorlage 18/376
--------	---	-------------------

**Herr Gottschalk** möchte wissen, ob zu erwarten sei, dass die bestehenden Probleme innerhalb der erneuten Verlängerung der Veränderungssperre gelöst werden könnten.

**Herr Arndt** hofft, dass in dieser Verlängerung der Veränderungssperre positiv mit den Voten des Beirats umgegangen werde.

**Frau Dr. Schaefer** begrüßt die Verlängerung in der Hoffnung, dass danach ein BPlan vorliege. Sie bittet darum, der Deputation umgehend zu berichten, wenn es Veränderungen in dem Gebiet gebe.

**Herr Viering** geht fest davon aus, dass in diesem letztmaligen Verlängerungszeitraum die zu prüfenden Fragen abgearbeitet werden.



Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie stimmt dem Ortsgesetz über die Verlängerung der Geltungsdauer des 163. Ortsgesetzes über eine Veränderungssperre nach dem Baugesetzbuch im Geltungsbereich des Bebauungsplans 2438 für ein Gebiet in Bremen-Hemelingen zwischen Funkschneise, Elisabeth-Selbert-Straße, Eggestraße und Osterhop zu.

Einstimmig

<b>TOP 11</b>	<b>Vorhabenbezogenen Bebauungsplan 55 (mit Vorhabenplan 55) zum Vorhaben „Bahnhof Blumenthal“ für ein Gebiet in Bremen-Blumenthal</b> <b>zwischen</b> - Bahntrasse Farge – Vegesack - Gewerbegleis „Zur Westpier“ - Landrat-Christians-Straße - und Busbahnhof „Ständer“  -Öffentliche Auslegung -BBN-	Vorlage 18/356
---------------	--	-------------------

Beschluss:

1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie fasst den Beschluss, dass der Geltungsbereich des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes 55 (mit Vorhabenplan 55) für ein Gebiet in Bremen – Blumenthal im Bereich zwischen Bahntrasse Farge – Vegesack, Gewerbegleis „Zur Westpier“, Landrat-Christians-Straße und Busbahnhof auf das im Planentwurf (Bearbeitungsstand: 08.04.2014) bezeichnete Gebiet zwischen Gewerbegleis und Friedhof erweitert wird.
2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie stimmt dem Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes 55 (mit Vorhabenplan 55) für ein Gebiet in Bremen – Blumenthal im Bereich zwischen Bahntrasse Farge – Vegesack, Gewerbegleis „Zur Westpier“, Landrat-Christians-Straße und Busbahnhof (Bearbeitungsstand: 08.04.2014) einschließlich Begründung zu.
3. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie fasst den Beschluss, dass der Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes 55 (mit Vorhabenplan 55) für ein Gebiet in Bremen – Blumenthal im Bereich zwischen Bahntrasse Farge – Vegesack, Gewerbegleis „Westpier“, Landrat-Christians-Straße und Busbahnhof (Bearbeitungsstand: 08.04.2014) mit Begründung öffentlich auszulegen ist.

Einstimmig

<b>TOP 12</b>	<b>Vorhabenbezogener Bebauungsplan 101 (mit Vorhabenplan 101) zum Vorhaben „Wohnbebauung Kleine Breite“ für ein Gebiet in Bremen-Vegesack auf dem Grundstück</b> - Friedrich-Lürssen-Str. 32 (Flurstücke 139/4, 144/1, 148/3, 203/1, 205, 206, 207/1, 208 und 215/4 der Flur VR 171)  (Planaufstellungsbeschluss, beschleunigtes Verfahren gemäß § 13a BauGB) -BBN-	Vorlage 18/369
---------------	---	-------------------

**Frau Dr. Schaefer** und **Frau Neumeyer** halten dies für ein gelungenes Projekt der Innenentwicklung.

Beschluss:

1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie fasst den Beschluss, dass für das im Übersichtsplan (Bearbeitungsstand 14.03.2014) bezeichnete Gebiet in Bremen – Vegesack auf dem Grundstück Friedrich-Lürssen Str. 32 (Flurstücke 139/4, 144/1, 148/3, 203/1, 205, 206, 207/1, 208 und 215/4 der Flur VR 171) ein vorhabenbezogener Bebauungsplan aufgestellt werden soll (Planaufstellungsbeschluss zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan 101 - mit Vorhabenplan 101). Die Planung soll im Grundsatz die in der Deputationsvorlage enthaltenen Ziele und Zwecke verfolgen.
2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie fasst den Beschluss, dass der vorhabenbezogene Bebauungsplan 101 (mit Vorhabenplan 101) für das im Übersichtsplan (Bearbeitungsstand 14.03.2013) bezeichnete Gebiet in Bremen - Vegesack auf dem Grundstück Friedrich-Lürssen-Str. 32 (Flurstücke 139/4, 144/1, 148/3, 203/1, 205, 206, 207/1, 208 und 215/4 der Flur VR 171) im beschleunigten Verfahren gem. § 13a BauGB ohne Durchführung einer förmlichen Umweltprüfung aufgestellt werden soll.

*Einstimmig*

<b>TOP 13</b>	<b>Ortsgesetz über die zweite Verlängerung der Geltungsdauer des 159. Ortsgesetzes über eine Veränderungssperre nach dem Baugesetzbuch für ein Gebiet in Bremen - Blumenthal für das Grundstück Lüssumer Straße 105 (Flurstück 421/16, VR Flur 148/1)</b> -BBN-	Vorlage 18/370
---------------	--	-------------------

*zurückgezogen*

TOP 14	<b>Verbesserung der Radroute Innenstadt- Universität</b> - ASV -	Vorlage 18/366
--------	---	-------------------

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt die Kosten zur Kenntnis und stimmt der Einrichtung und Finanzierung der Fahrradroute mit Ausnahme des Teilstücks Parkallee zu. Die Radverkehrsführung in der Parkallee wird nach Vorlage der Stellungnahme des Beirates Schwachhausen erneut in der Deputation beraten.

*Zustimmung bei Ablehnung durch die Fraktion der CDU*

TOP 15	<b>Erschließung Am Bodden- Nord</b> -ASV-	Vorlage 18/368
--------	--	-------------------

**Frau Neumeyer** begrüßt, dass nach langen Gesprächen endlich eine Einigung geschaffen wurde. Dies sei ein Gebiet, in dem gerade junge Familien sich ansiedeln könnten.

Auf Nachfrage von **Herrn Liess** berichtet **Frau Pieper**, dass die Abrechnung der Erschließungskosten mit der Gewosie und den Altanliegern erfolge. Die Gewosie werde ihre Grundstücke dann voll erschlossen verkaufen.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie nimmt die Kostenermittlung zur Kenntnis und stimmt der Umsetzung der Erschließung Am Bodden-Nord sowie der Finanzierung der Maßnahme zu.

*Einstimmig*

TOP 16	<b>Produktgruppencontrolling (Produktplan 68 –Umwelt, Bau und Verkehr–) mit Stand 13. Monat 2013</b> -1-	Vorlage L/S 18/352
--------	---	-----------------------

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt Kenntnis.

TOP 17	<b>Mobilitätsberatung für Neubürgerinnen und Neubürger Pilotprojekt für die Stadtgemeinde Bremen</b> - 50-	Vorlage 18/378
--------	---	-------------------

Siehe Protokoll der 31. Sitzung der staatlichen Deputation.

*In der staatliche Sitzung befasst*

TOP 18	<b>Sanierungsgebiet Huckelriede / Sielhof, Bremen Neustadt Bilanz und Vorschau der Maßnahmen (2. Fördertranche 2014-2019)</b> -7-	Vorlage 18/367
--------	--	-------------------

Beschluss:

1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie nimmt die Bilanz der Jahre 2009 bis 2013 zur Kenntnis.
2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie stimmt der unter den vorgenannten Vorbehalten stehenden Durchführung und Finanzierung der Gesamtmaßnahme mit einem Volumen in Höhe von rund 8,5 Mio. EUR für die Jahre 2014 bis 2019 zu.
3. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie bittet um einen Zwischenbericht Mitte 2017.

Einstimmig

TOP 19	<b>Berichte der Verwaltung</b>	
TOP 19a)	<b>Zuckerwerk im Holzhafen – B-Plan 2444</b> -6-	BdV schriftlich

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 19b)	<b>Wertverlust von Immobilien im Bereich Tanklager Farge</b> -04-	BdV schriftlich
----------	--	--------------------

Beschluss:

Die städtische Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie nimmt den Bericht zur Kenntnis.

TOP 19c)	<b>Projektübersichtsplan („Masterplan“) zur Kontaminationsbearbeitung im Tanklager Bremen-Farge und Planungen zur Stilllegung</b> -04-	BdV schriftlich
----------	---	--------------------

**Herr Gottschalk** begrüßt, dass die geforderte endgültige Stilllegung in Aussicht sei und der Masterplan jetzt vorgelegt worden sei. Gerade in der Diskussion um die Maßnahmen, die ergriffen werden sollen, stehe die Frage im Raum, ob durch einen höheren Mittel- oder Personaleinsatz die Sanierung beschleunigt werden könne oder ob tatsächlich allein aus technischen Wirkungszusammenhängen keine zusätzlichen Maßnahmen möglich seien. Er möchte wissen, ob neben der Grundwasserbelastung auch das Problem der Kontamination der Böden genügend berücksichtigt werde.

**Frau Dr. Schaefer** stellt fest, dass Einigkeit darüber bestehe, weiterhin die maximalen Anstrengungen bei der Sanierung einzufordern. Die Meilensteine der Sanierung bis zum Jahr 2044 zeigten, wie komplex die Sanierung sei. Je weniger Schadstoff im Grundwasser vorhanden sei, desto schwerer und langwieriger sei dieser aus dieser Wasserphase zu entfernen. Gleichwohl würden die Anwohner mit der Dauer der Sanierung nicht unbedingt zufrieden sein. Im Vergleich mit derartigen Sanierungen in anderen Städten werde man feststellen, dass überall sehr lange Zeiträume erforderlich seien, gerade wenn die Verunreinigungen auf so großer Fläche ausgebreitet und in so hoher Konzentration vorhanden seien. Vor Ort werde auch gefordert, die Ausbreitung der Fahne einzudämmen. Es wäre gut, zu prüfen, ob dazu eine Sperre oder ähnliches im Untergrund beim Verladebahnhof sinnvoll sei. Aber die Sanierung müsse auch auf den privaten Grundstücken erfolgen. Es wäre gut, wenn man sich nochmal anschaut, wie vergleichbar lange es bei anderen GW-Schäden dauere. Das Tanklager sei kein Einzelfall, aber in Bremen der präsenteste Fall.

**Herr Senator Dr. Lohse** betont, dass die Dauer dieser Sanierung nichts damit zu tun habe, ob es einen Personalengpass im Ressort gebe oder nicht. Dies sei in keiner Weise der zeitbestimmende Faktor. Die Sanierung werde nicht vom Ressort durchgeführt, sondern vom Ressort überwacht und qualitätsgesichert. Dass die Sanierung so lange dauere liege daran, dass der Boden die Schadstoffe nur in einer bestimmten Geschwindigkeit freigebe. Diese Geschwindigkeit hänge mit physikalisch-chemischen Gesetzmäßigkeiten zusammen und sei nicht zu beeinflussen. Der stärkste Rückgang der Belastung erfolge immer zu Beginn einer Sanierung. Die Belastung halbiere sich von Jahr zu Jahr. Dies zeigen die Werte, die auch im Internet öffentlich einsehbar seien. Sowohl die entnommenen Schadstoffmengen als auch die Konzentration im Untergrund seien schon auf ca. ein Drittel oder ein Viertel der Ursprungswerte abgesunken. Die lange Dauer sei belastend für die Menschen vor Ort. Dies gehe aber an anderen Orten nicht schneller. Alle verfügbaren Methoden seien geprüft worden und alles was technisch sinnvoll sei werde auch angewendet.

**Herr Leferink** erklärt, dass es sich hier um eine sehr große Verunreinigung handele, die sich auf einer Fläche von 23 ha und bis in Tiefen von 30 m befinde. Man arbeite zudem in einem dynamischen System, das für konventionelle Baumaßnahmen oder Techniken völlig unzugänglich sei. Tatsächlich müsse man eine maßgeschneiderte Lösung erarbeiten. Innerhalb dieses dynamischen Systems, werde versucht, die langsame Fließbewegung des Grundwassers auszunutzen, um die Reinigung des GW-Leiters voranzubringen. Da dies sehr langsame Vorgänge seien, dauere eine Sanierung auch sehr lange, um überhaupt erfolgreich sein zu können. Dies sei ein systembedingter Umstand.

**Herr Wessel** berichtet, dass am Verladebahnhof II schon vor Jahren eine Bodensanierung durchgeführt worden sei. Im Rahmen der Stilllegung könne jetzt der Bahnhof rückgebaut werden, um dann noch mögliche Restbelastungen aus dem Boden herauszuholen. Es sei einfacher, Schadstoffe aus dem Boden zu entnehmen, als aus dem GW. Im Zuge der Stilllegung werde auch im Bodenbereich weiter untersucht und saniert. Aber die Bodenverunreinigungen seien deutlich kleiner, als die Verunreinigungen im Grundwasser und befänden sich nur am Ort der Ursache. Über der Grundwasserfahne sei der Boden nicht verunreinigt.

**Herr Leferink** ergänzt, dass im Rahmen der Stilllegung alle Verdachtsflächen, auch mit geringem Kontaminationspotenzial, erneut abschließend untersucht werden.

**Herr Nowack** begrüßt, dass es nun eine Perspektive gebe. Viele Anwohner hätten auf eigene Kosten die Böden untersuchen lassen und im Ergebnis seien die Schadstoffbelastungen gegen Null. Es gebe ganz wenige Kontaminationen auf privatem Grund und Boden. Es müsse den Menschen deutlich gemacht werden, dass solange sie das Grundwasser nicht nutzen auch keine Gefahr bestehe.

Beschluss:

Die städtische Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie nimmt den Bericht zur Kenntnis. Sie bittet den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr, die Deputation zu gegebener Zeit über mit dem Bund getroffene Vereinbarungen und Schritte der Stadtgemeinde Bremen zur Stilllegung und Nachnutzung zu unterrichten.

TOP 19d)	<b>Sachstandsbericht zum Thema B-Plan 473 (Waller Friedhof)</b> -6-	BdV schriftlich
----------	--	--------------------

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 19e)	<b>Zwischenbericht Alte Hafestraße zwischen den Straßen Zur Vegesacker Fähre und Rohrstraße (Hochwasserschutztor) in Bremen-Vegesack</b> - ASV -	BdV schriftlich
----------	---	--------------------

**Frau Dr. Schaefer** findet, dass es dem Straßenabschnitt sehr gut tun würde, wenn man ihn in eine Fußgängerzone umwidme, zumal der hintere Teil schon eine Fußgängerzone sei und ein nächtliches Durchfahrverbot bestehe. Das Parken sei in der Straße dort verboten, was aber missachtet werde. Eine Geschwindigkeitsbegrenzung hätte wenig Effekt, da aufgrund des Zustands der Straße ohnehin nicht sehr schnell gefahren werden könne. Im Falle einer Umwidmung sollten die Anwohner ihre festen Parkplätze natürlich weiter anfahren und nutzen können, auch der Lieferverkehr sollte zulässig bleiben. Da der Beirat dazu noch keine einheitliche Meinung habe, sei die geplante Einwohnerversammlung naheliegend.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 19f)	<b>Umgestaltung der Martinistraße</b> -ASV-	BdV schriftlich
----------	--	--------------------

**Herr Strohmann** ist mit dem Bericht unzufrieden, weil mit den vorgeschlagenen Maßnahmen, das Problem der Barrieren von vierspurigen Straßen nicht gelöst werden könne. Wenn eine Verengung erfolgen solle, worüber man nochmal explizit separat sprechen müsste, so wäre es sinnvoller, den Bürgersteig zu verbreitern und für den Fahrzeugverkehr die beiden Mittelspuren zu verwenden. Ihm missfalle, dass mit der hier vorgestellten Planung die Busse nicht mehr in der Martinistraße halten könnten, was für den Städtetourismus ein richtiges Manko sei.

**Herr Saxe** stellt fest, dass die Aufenthaltsqualität in der Martinistraße derzeit sehr gering sei. Die Fahrzeuge würden mit relativ hohem Tempo fahren und es sei entsprechend laut. Natürlich sei die Barrierewirkung einer zweispurigen Straße anders, als die einer vierspurigen. Eine Mittelinsel bringe neben ihrer Funktion als Querungshilfe auch Innenstadt und Schlachte besser zusammen. Detailfragen seien sicher noch zu klären. Der grundsätzliche Gedanke sei, die Aufenthaltsqualität zu verbessern und damit auch die Situation für die Einzelhandelsgeschäfte.

**Herr Pohlmann** weist darauf hin, dass Detailfragen noch zu klären seien, insbesondere die Haltemöglichkeiten für Reisebusse. Im Sinne des Zusammenwachsens der Innenstadt und deren Aufwertung sei es notwendig, die Verbindung von Schlachte zur Innenstadt an unterschiedlichen Stellen besser zu realisieren. Diese Straße sei ein richtiges Hindernis.

**Herr Senator Dr. Lohse** betont, dass es erst einmal um die Bereitstellung von Planungsmitteln gehe. Es sei unstrittig, dass die Innenstadt erreichbar sei, aber auch attraktiver gemacht werden solle. Die Rundläufe in der Innenstadt, die Verbindung zwischen Obernstraße und Schlachte seien Themen, die im Innenstadtkonzept immer wieder – auch mit Vertretern aus dem Wirtschaftsressort- sehr einvernehmlich diskutiert worden seien.

**Herr Hipp** weist darauf hin, dass es aus dem Stadtzentrum aus Richtung Obernstraße mehrere Möglichkeiten gebe, zur Martinistraße zu gelangen. Dabei handele es sich um die Stellen, wo jetzt bereits Ampeln vorhanden seien. Deswegen sei nicht ersichtlich, wie ein Mittelstreifen zur besseren Querung beitragen solle.

**Herr Saxe** erklärt, dass er täglich miterlebe, dass die Martinistraße jenseits der Ampeln gequert würden, weil die Abstände zwischen den Ampeln sehr groß seien. Gerade für ältere Leute mache es einen Unterschied, ob man zwei Spuren queren müsse oder nur eine und dann stoppen könne. Natürlich könne man über die Details noch sprechen. Der DTV betrage 15.000 Fahrzeuge, dafür brauche man keine vier Spuren an dieser Stelle. Es sei daher vernünftig, dem tatsächlichen Besatz an Autos entsprechend zurückzubauen.

**Herr Werner** führt aus, dass die Fußgängerampelphasen sehr kurz, um den Verkehr fließen zu lassen und die Straße sehr breit sei. Wenn die zu überwindende Strecke für die Fußgänger nur noch halb so breit und vielleicht zweigeteilt sei, ginge es bei einer genauso kurzen Ampelphase schneller. Stadträume hätten eine Menge mit Optik zu tun. Weder durch breitere Bürgersteige, noch durch einen Mittelstreifen rückten Häuser näher aneinander. Die Strecke, die man überwinden müsse bleibe die gleiche. Es entstehe aber ein offenerer Stadtraum, der anders wirke.

**Herr Liess** weist darauf hin, dass die Maßnahme der Querung der Martinistraße Gegenstand des Innenstadtkonzeptes 2025 sei. Er möchte wissen, ob diese Maßnahme allein in der Verantwortung des Bauressorts liege oder mit den anderen Beteiligten in der Lenkungsrunde abgestimmt worden sei.

**Frau Pieper** berichtet, dass es eine Maßnahme des Innenstadtkonzeptes sei, das gemeinsam zwischen dem Bauressort und dem Wirtschaftsressort und der Handelskammer entwickelt worden sei. Insofern sei diese Maßnahme von der grundsätzlichen Machbarkeit her Bestandteil des Innenstadtkonzeptes. Es gehe hier um Querungshilfen. Die Barrierewirkung von Straßen habe etwas mit Optik zu tun, aber auch etwas mit der Nutzung von Straßen. Im Moment müsste man, wenn man diese Straße außerhalb der Signalanlagen quert, vier Fahrstreifen auf einmal überwinden. Das hieße, beide Fahrtrichtungen gleichzeitig im Blick haben und in beiden Fahrtrichtungen gleichzeitig eine Lücke haben. Hinzu komme die relativ große Entfernung. In der Mitte dieser Fahrbahnen sei nun eine Mittelinsel vorgesehen, daneben dann zwei überbreite Richtungsfahrbahnen. Dadurch müsse nur in eine Richtung geschaut werden und nur in einer Richtung eine Lücke abgewartet werden. Dann könne man bis zur Mittelinsel gehen und dann erst die andere Hälfte der Fahrbahn queren. Dadurch werde eine Überquerbarkeit wesentlich erleichtert. Bezüglich der Reisebusse müsse geprüft werden, wo diese künftig halten können.

**Herr Liess** fragt, ob diese Mittelinsel konkret Gegenstand des Konzeptes gewesen ist.

**Frau Professor Dr. Reuther** antwortet, dass dies in der Grundstruktur so gewesen sei.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 19g)	Ergebnisse des "Brennerei-Lab" zur Entwicklung des Bürgerparks und der Bürgerparktombola -Präsentation - - 2-1-	BdV mündlich
-------------	---	-----------------

**Herr Großmann** erläutert Anlass und Hintergrund des Projektes. Die Brennerei sollte sich Gedanken um den Bürgerpark machen, vor allem unter den Gesichtspunkten Spendenakquisition, Gewinnung neuer Mitglieder oder auch Nutzungsentwicklung im Bürgerpark, immer natürlich unter den Rahmenbedingungen der Denkmalpflege. Maßgabe war, möglichst anwendungsorientierte Ergebnisse zu bekommen, die später im Park umgesetzt werden können.

**Frau Havliza** erklärt, dass die Brennerei ein Ort sei, der für neue Formen von Arbeit und Innovationen stehe. Nachwuchs-Kreative, Experten und die Wirtschaft würden gemeinsam in Projekten arbeiten.

**Herr Prof. Pfeffer** stellt das Projekt im Bürgerpark vor.

**Herr Großmann** berichtet auf Nachfrage von **Frau Dr. Schierenbeck**, dass einige Projekt aus der Schlagwortsammlung identifiziert worden seien, die für den Bürgerpark weiter geprüft werden sollten. Der Bürgerpark sei privat, jede Idee brauche eine Anschubfinanzierung.

**Herr Werner** regt an, die Erfahrungen und Anregungen generell für Grünanlagen und kleinere Grünflächen zu nutzen.

**Frau Prof. Dr. Reuther** nimmt die Idee mit, direkt in die Anlagen zu gehen und herauszufinden, welche Anliegen die unterschiedlichen Menschen in der Stadt zu den öffentlichen Räumen, öffentlichen Grünflächen hätten.

Auf Hinweis von **Herrn Staatsrat Golasowski** berichtet **Herr Großmann**, dass eine weitere Agentur beauftragt sei, die in der Innenstadt im Umfeld der Tombolabuden und Gewinnausgaben eine Befragung mache.

**Herr Pohlmann** erinnert daran, dass der Bürgerpark über Generationen hinweg ein wichtiges Element der bremischen Stadtgesellschaft sei. Der Vortrag sei ein erster Einstieg in die Frage, wie dieser weiterentwickelt werden könne. Sollte über die Weiterentwicklung anderer Parkanlagen nachgedacht werden, erwarte er jedoch Konzeptüberlegungen als Vorlage in der Deputation.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.



TOP 19h)	<b>Wasserrechtliche Erlaubnis für die Herstellung und den Betrieb eines Erdwärmesonden-Systems</b> - 34-	BdV schriftlich
----------	---	--------------------

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 19i)	<b>Bremer Häuser im Klimawandel</b> <b>- Schutz vor Starkregen und Hitze -</b> -3-	BdV schriftlich
----------	--	--------------------

**Frau Staatsrätin Friderich** erläutert, dass diese Broschüre ein wichtiger Baustein im KLAS Projekt sei, mit dem Bremen eine Spitzenposition bekleide, wenn es darum gehe, die Klimaanpassung in Stadtentwicklung und Stadtplanung zu integrieren. Diese Broschüre nehme das Thema wassersensible Stadtentwicklung auf und stelle dar, welche Eigenverantwortung die Bürgerinnen und Bürger dabei hätten. Es müsse bei den Eigentümern dafür geworben werden, bei anstehenden Sanierungen auf Maßnahmen zu achten, die in Richtung Klimawandel und Schutz vor den Folgen des Klimawandels gingen.

**Frau Dr. Schierenbeck** äußert Bedenken zum Thema Einsatz von Klimageräten. Eine Untersuchung in Rom zeige, dass die vielen Klimageräte der Stadt dafür sorgen, dass es in der Stadt noch heißer werde. Deswegen hätten Klimageräte im Wohnbereich - außer in bestimmten Ausnahmefällen - nichts zu suchen. Die Wärme, die aus dem Haus herausgeholt werde und der dazu eingesetzte Strom, der auch in Wärme umgesetzt werde, erwärme die Stadt zusätzlich.

**Frau Dr. Schaefer** begrüßt die Broschüre, weil sie sehr verschiedene Aspekte in den Fokus nehme. Auch die Hausbesitzer seien gut beraten, sich auf den Klimawandel einzustellen. Es werde aber nicht nur aufgezeigt, welche Verantwortung Bürgerinnen und Bürger hätten, sondern gerade auch welche Möglichkeiten sie haben. Es gebe z. B. Förderprogramme für Dachbegrünung und für Regenwassernutzung. Diese Broschüre sollte möglichst breit an die Bevölkerung verteilt werden.

**Herr Schneider** erklärt, dass diese Broschüre überall dort verteilt werde, wo man im Kontakt zu Bürgerinnen und Bürgern komme, z.B. bei Beratungen zu den Grundstücksentwässerungen durch hanseWasser, über die Bremer Umweltberatung oder bauraum Bremen. Überall wo Bedarf gesehen werde, könne auch ausgelegt werden. Zudem sei die Broschüre im Internet über die Seite des SUBV und über die genannten Partner verlinkt.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 19j)	<b>„Bremen darf den Bus nicht verpassen“</b> <b>Zwischenbericht zum Sachstand Standortuntersuchung</b> <b>Fernbusterminal</b> -5-	BdV schriftlich
----------	--	--------------------

**Herr Polzin** bejaht die Frage von **Herrn Pohlmann**, ob es eine Besichtigung des zentralen Omnibusbahnhofs in Hamburg mit den Vertretern der Seniorenvertretung gegeben habe.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 19k)	Verbesserungsmöglichkeiten der Taktzeiten der Linie 8 -5-	BdV schriftlich
----------	--	--------------------

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 19l)	Möglichkeiten des Bau-GB für soziale Stadtentwicklungspolitik einsetzen - 7, 6 -	BdV schriftlich
----------	---	--------------------

**Herr Pohlmann** erklärt, dass bei der Neuwieder Straße 1 sehr dringender Handlungsbedarf bestehe. Alle rechtlich möglichen Regelungen müssten angewandt werden. Es wäre zu wünschen, dass die Grohner Düne von der Gewoba hätte gekauft werden können. Hier bleibe abzuwarten, wann die Gebäude wieder auf den Markt kämen, um dann aktiv zu werden. Es bedürfe einer Gesamtstrategie und einer Diskussion in der Aktiengesellschaft über Aufkaufspolitik. Hier sei die Stadt als Hauptanteilseigenrein gefragt. Aber es gehe in der Grohner Düne auch um fast dreitausend Menschen aus unterschiedlichsten Nationen, die auch in einer schwierigen sozialen Lage seien. Diese Menschen dürften dort auf keinen Fall verdrängt werden, sondern sie müssen dort bleiben können. Dies sei ein zentraler Punkt in der Debatte.

**Herr Strohmann** teilt diese Auffassung.

**Herr Senator Dr. Lohse** berichtet, dass das Thema in der Aufsichtsratssitzung der Gewoba diskutiert worden sei. Man habe festgestellt, dass die Möglichkeiten der Aktiengesellschaft im Moment ausgeschöpft seien. Trotzdem müsse geprüft werden, welche darüber hinausgehenden Handlungsmöglichkeiten zukünftig geschaffen werden könnten. Dies könne weder die Gewoba, noch das Ressort alleine, sondern es bedürfe des Schulterschlusses im Senat. Man habe es weder mit Leerstand, noch mit einer Schrottimmobile zu tun oder mit baulichen Mängeln. Zuerst sei eine Problembeschreibung notwendig, diese habe man über das Projekt Pro Düne bereits weitgehend. Nun müsse eine Zielvorstellung ausgearbeitet werden. Es gehe dabei um soziale Fragen, um Fragen der Kriminalitätsprävention, um Fragen der Beschulung von Kindern und Jugendlichen usw. Deswegen wolle der Senat eine ressortübergreifende Arbeitsgruppe mit den Ressorts, die an dem Projekt Pro Düne beteiligt waren, einrichten und als Grundlage gemeinsam eine Zielformulierung auszuarbeiten.

**Frau Neumeyer** distanziert sich deutlich von Forderungen nach einem Abriss. Die CDU fordere in ihrem Antrag an die Bürgerschaft ebenfalls ein ressortübergreifendes Konzept.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

<b>TOP 19m)</b>	<b>Auswirkung der Aufstockung des Programms "Soziale Stadt" in Bremen</b> - 72 -	BdV schriftlich
-----------------	---	--------------------

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

<b>TOP 19n)</b>	<b>Smart Cities</b> - 71 -	BdV mündlich
-----------------	-------------------------------	-----------------

**Frau Prof. Dr. Reuther** führt aus, dass es um einen Call zur Bewerbung in einem Wettbewerb in einem europäischen Projekt gehe. Beim Thema Smart City gehe es um Klimaanpassung, um CO<sub>2</sub>-Einsparung in Bezug auf Stadträume. Der Ansatz sei, das Thema Bremer Westen, Überseestadt mit den beiden zugehörigen Stadtteilen Gröpelingen und Walle herauszunehmen und diesen Ansatz mit einem Konsortium mit verschiedenen Partnern aus der Wirtschaft zu verfolgen. Bremen befinde sich mit anderen Städten in Europa in einem Wettbewerb und kooperiere mit Malmö. Es solle ein gemeinsamer Antrag eingebracht werden.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

<b>NACH-TRAG TOP 19o)</b>	<b>Beschnitt von Bäumen an Straßen und Fußwegen</b> -3-	BdV schriftlich
---------------------------	--	--------------------

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

<b>TOP 20</b>	<b>Verschiedenes</b>	
---------------	----------------------	--

**Herr Senator Dr. Lohse** schließt die 33. Sitzung der städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie und dankt den Anwesenden für ihre Teilnahme.

Vorsitzender

Sprecher

Protokoll